HANS-KUDLICH-PREIS

Agrarverdienste gewürdigt



FOTO: ÖSF/ PRAXMARER

Preisträger mit Präsident Pernkopf

Das Ökosoziale Forum verlieh am 16. November die Hans-Kudlich-Preise 2026: Josef Plank und Gerhard Zinner wurden für Verdienste um Landwirtschaft und ländlichen Raum geehrt, Michaela Sandmayr erhielt den erstmalig vergebenen Nachwuchspreis.Der Kudlich-Preis erinnert an den als Bauernbefreier bekannten Hans Kudlich. Sein Antrag im österreichischen Reichstag führte 1848 zur Aufhebung der bäuerlichen Abhängigkeit von den Grundherren und markierte einen Wendepunkt in der Agrargeschichte. Seit 1968 ehrt das Ökosoziale Forum Menschen, die Landwirtschaft und ländliche Regionen stärken.

Josef Plank gestaltete die Agrarpolitik als niederösterreichischer Agrarlandesrat, AMA-Vorstand und in führenden Funktionen in der Landwirtschaftskammer und im Landwirtschaftsministerium mit. Gerhard Zinner schuf Einkommensmöglichkeiten für Bauern im Waldviertel. Aus dem Sonderkulturenverein entwickelte er Waldland mit 1.000 Mitgliedsbetrieben. Michaela Sandmayr macht als Bäuerin und Gründerin von „Landwort“ landwirtschaftliche Themen für die breite Masse verständlich.

LK-Chefs ziehen rote Linien

Eine hochrangige LK-Delegation reiste kürzlich nach Brüssel, um die Standpunkte der heimischen Bauernschaft zur nächsten GAP auf oberster Ebene zu deponieren.

Auf der Agenda der LK-Präsidenten samt Vertretern standen Treffen mit EU-Agrarkommissar Christophe Hansen, EU-Migrationskommissar Magnus Brunner, EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola, dem Generaldirektor der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission, Eric Mamer, und vielen anderen.

Kampf für Ländliche Entwicklung

Die österreichischen LK-Spitzen kritisieren, dass derzeit zwar deutlich mehr Mittel für Sicherheit, Krisenbewältigung und Wettbewerbsfähigkeit in das EU-Budget fließen sollen, aber für den Agrarbereich nach wie vor nominelle Kürzungen von mehr als 20 Prozent im Raum stehen. Die Höhe der Mittel, die künftig für die Landwirtschaft zweckgewidmet werden sollen, entspricht ziemlich genau nur der Höhe der ersten GAP-Säule, also den Direktzahlungen. Die LK-Präsidenten brachten daher in Brüssel ihre Forderung zum Ausdruck, dass es auch ausreichend zweckgewidmete Gelder für die Maßnahmen der zweiten Säule geben muss. „Wer am Sonntag Nachhaltigkeit fordert, muss am Montag auch die entsprechenden Mittel dafür zur Verfügung stellen“, zeigten sich die LK-Spitzen mit österreichischen, deutschen und Südtiroler EU-Parlamentariern, wie Alexander Bernhuber, Norbert Lins, Christine Singer und Herbert Dorfmann, einig. „Wenn die Ländliche Entwicklung mit anderen Politikbereichen in direkter Konkurrenz um die Mittel steht und diese national unterschiedlich verwendet werden, drohen zusätzliche Wettbewerbsverzerrungen“, warnte LK-Österreich-Präsident Josef Moosbrugger und betonte weiter: „Gleichzeitig brauchen wir dringend Vereinfachungen – aber nicht für die EU-Institutionen, sondern für die Bäuerinnen und Bauern. Statt die GAP auszuhöhlen, sollten wir die Reform für sinnvolle Vereinfachungen in der Landwirtschaft nützen, die weniger unnötige Dokumentationspflichten bedeuten.“

Verbesserung für Schweinemarkt gefordert

Mehrere Präsidenten kritisierten auch gegenüber Hansen und Mamer, dass die EU-Nitratrichtlinie in Ländern wie Österreich streng umgesetzt und kontrolliert wird, in anderen wie Spanien aber seit Jahren keine Einhaltung erzielt wird, was zu einem massiven Marktungleichgewicht führt. Moosbrugger und Kollegen wie LK-Salzburg-Präsident Rupert Quehenberger forderten die hochrangigen EU-Kommissionsvertreter daher auf, hier endlich konsequent einzuschreiten. In mehreren nördlichen EU-Ländern, die im Gegensatz zu Österreich keine flächengebundene Tierhaltung haben, hatte die Richtlinie zur Abstockung der Bestände und somit zu einem faireren Wettbewerb und besseren Erzeugerpreisen in Gesamteuropa geführt. „Derselbe Maßstab muss überall angewendet werden, insbesondere auch in Spanien“, so die Präsidenten.

„Auch kann es nicht sein, dass von unseren Betrieben Leistungen verlangt werden, die Finanzierung aber vollkommen ungeklärt bleibt“, so Moosbrugger, der etwa gegenüber Generaldirektor Mamer kritisierte, dass die EU-Kommission ihren Finanzierungsvorschlag für die Renaturierungsverordnung bis heute schuldig geblieben ist.

LK-Steiermark-Präsident Andreas Steinegger sprach sich auch dafür aus, die nachhaltige Holz- und Biomassenutzung im Rahmen der Erneuerbare-Energie-Richtlinie (RED IV) zu forcieren – im Sinne der dringend notwendigen Abkehr von fossilen Energieträgern. LK-Niederösterreich-Präsident Johannes Schmuckenschlager forderte außerdem, im Rahmen der RED IV eine höhere Biokraftstoff-Beimischungsquote zu ermöglichen, wofür er Zustimmung von Agrarkommissar Hansen bekam.


FOTO: LKÖ/JUNG-LEITHNER

Die LK Präsidenten bei der Präsidentin des EU-Parlaments Roberta Metsola.